KOMMENTAR: PFLEGEREFORM 2027

69.000 ANTRÄGE MEHR. DIE POLITIK SETZT DIE FRIST AUS. PFLEGEBEDÜRFTIGE? SOLLEN WARTEN.

Erst kürzen, dann warten lassen. Die Bundesregierung will es ab 2027 schwerer machen, als pflegebedürftig anerkannt zu werden. Jetzt sichern sich Zehntausende ihre Ansprüche, solange es noch geht, und die Medizinischen Dienste kommen nicht hinterher. Die Antwort der Politik: Die Entscheidungsfrist soll Anfang 2027 einfach ausgesetzt werden. Der Stau ist kein Unfall. Er ist eingeplant.

München, 18. November 2026. Die Medizinischen Dienste zählen laut Deutschem Ärzteblatt in diesem Jahr bislang rund 69.000 Anträge auf Pflegebegutachtung mehr als im Vorjahreszeitraum. Im November zieht es weiter an: In Hessen liegen die Anträge 46 Prozent über dem Vormonat, in Bayern rund ein Drittel. Der Medizinische Dienst Bayern erwartet längere Wartezeiten, obwohl er zusätzliches Personal bereithält. Der Anstieg gehe „über die erwartbare Größenordnung hinaus“ und lasse sich „nicht vollständig auffangen“.

Der Grund steht im Pflegeneuordnungsgesetz, das das Kabinett am 30. September beschlossen hat und das am 1. Januar 2027 in Kraft treten soll. Für die Pflegegrade 1 bis 3 braucht es dann mehr Punkte. Der Entlastungsbetrag von 131 Euro im Monat für Pflegegrad 1 zu Hause fällt weg, die Verhinderungspflege als eigene Leistung auch. Für die Einstufung zählt der Tag des Antrags. Wer noch 2026 beantragt, wird nach den alten Regeln begutachtet. Stiftung Warentest hat genau dazu geraten. Die Menschen tun also, was vernünftig ist.

KAPAZITÄT? NEIN. FRIST WEG.

Wie gut die Bundesregierung weiß, was sie auslöst, zeigt ein Detail im Entwurf: Vom 1. Januar bis 30. April 2027 soll die übliche Entscheidungsfrist der Pflegekassen ausgesetzt werden, so beschreibt es die DAK. Statt Kapazität zu schaffen, wird die Frist gestrichen. Wer so plant, plant den Stau mit ein.

69.000
Anträge mehr als im Vorjahreszeitraum (Medizinische Dienste)

+46 %
Anträge in Hessen im November gegenüber dem Vormonat

30 statt 27
Punkte sollen ab 2027 für Pflegegrad 2 nötig sein

SPAREN AUF KOSTEN DER SCHWÄCHSTEN

- **Sie saniert die Kasse an den Schwächsten.** Ohne Reform rechnet das Bundesgesundheitsministerium für 2027 mit rund 7,6 Milliarden Euro Defizit in der Pflegeversicherung. Gespart wird zuerst dort, wo Menschen gerade anfangen, Hilfe zu brauchen: in den unteren Pflegegraden.
- **Sie macht Pflegebedürftigkeit zur Rechenfrage.** 15 statt 12,5 Punkte für Pflegegrad 1, 30 statt 27 für Pflegegrad 2, 50 statt 47,5 für Pflegegrad 3. Der Mensch braucht genauso viel Hilfe wie vorher. Er bekommt sie nur nicht mehr bezahlt.
- **Sie trifft die Angehörigen.** Wer zu Hause pflegt, verliert mit dem Entlastungsbetrag in Pflegegrad 1 und der Verhinderungspflege genau die Hilfen, die eine Pause möglich machen. Pflegende Angehörige sind der größte Pflegedienst des Landes. Sie werden zuerst gekürzt.
- **Sie verwaltet Wartezeit, statt sie abzubauen.** Die Entscheidungsfrist soll Anfang 2027 ausgesetzt werden. Für Familien heißt das: länger warten, länger unsicher sein, länger ohne Leistung planen.
- **Sie überlässt die Folgen den Teams.** Ambulante Dienste, Pflegeheime und Beratungsstellen fangen auf, was im Stau stecken bleibt. Die Versorgung beginnt nicht mit dem Bescheid, sondern am ersten Tag, an dem jemand Hilfe braucht.

> **„ERST KÜNDIGT DIE POLITIK KÜRZUNGEN AN, DANN WUNDERT SIE SICH, DASS MENSCHEN IHRE ANSPRÜCHE SICHERN. DAS IST KEIN ANSTURM, DAS IST VERNUNFT. WER JETZT FRISTEN AUSSETZT, STATT BEGUTACHTUNG MÖGLICH ZU MACHEN, LÄSST PFLEGEBEDÜRFTIGE, ANGEHÖRIGE UND PFLEGETEAMS IM STAU STEHEN. EINE PFLEGEVERSICHERUNG SANIERT MAN NICHT, INDEM MAN PFLEGEBEDÜRFTIGKEIT SCHWERER ANERKENNT."**
>
> Stefan Elmshäuser, Initiator der MEDICALPUNKS und Geschäftsführer von ifbig – Institut für Beratung im Gesundheitswesen

DIE PFLEGE HAT GEWARNT. NIEMAND HÖRT ZU.

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) lehnt die höheren Schwellenwerte ab und schreibt: „Der DBfK regt die Streichung der geplanten Anhebung der Schwellenwerte an." Sein Argument trifft den Kern: Niedrigere Pflegegrade können auch die refinanzierbare Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen senken, obwohl der Unterstützungsbedarf gleich bleibt. Weniger Punkte heißt also nicht weniger Arbeit, sondern weniger Kolleginnen und Kollegen für dieselbe Arbeit. Mindestens, so der DBfK, sollten die Änderungen zurückgestellt werden, bis ihre Folgen untersucht sind.

Auch für Pflegefachpersonen fordert der DBfK eine feste Rolle: Bei der geplanten Pflegebegleitung „müssen" sie „verbindlich beteiligt sein". Wer täglich bei den Menschen zu Hause und im Heim ist, sieht früher als jedes Gutachten, wo Hilfe fehlt. Diese Kompetenz gehört an den Tisch, nicht ans Ende der Warteschlange.

SIEBEN FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

Stefan Elmshäuser fordert von Bundesregierung und Bundestag:

- **Streichen Sie die höheren Schwellenwerte.** So wie es der DBfK fordert. Mindestens: aussetzen, bis die Folgen für Pflegebedürftige und Personal untersucht sind.
- **Bauen Sie Kapazität auf, statt Fristen auszusetzen.** Wer weiß, dass ein Ansturm kommt, muss Begutachtung möglich machen, nicht Wartezeit legalisieren.
- **Garantieren Sie verlässliche Übergänge.** Wer 2026 beantragt, wird nach altem Recht begutachtet, egal wie lange der Termin dauert. Die Pflegebevollmächtigte fordert selbst „verlässliche und ausreichende Übergangsfristen". Setzen Sie das um.
- **Lassen Sie die Angehörigen nicht allein.** Keine Kürzung beim Entlastungsbetrag in Pflegegrad 1 und keine Verschlechterung bei der Auszeit für pflegende Angehörige.
- **Beteiligen Sie die Pflege verbindlich.** Pflegefachpersonen gehören in Beratung, Begleitung und Begutachtung, mit eigenen Befugnissen und auf Augenhöhe.
- **Finanzieren Sie fair.** Aufgaben, die die ganze Gesellschaft betreffen, gehören aus Steuermitteln bezahlt, nicht aus den Leistungen für Pflegebedürftige.
- **Erst Folgen prüfen, dann kürzen.** Keine Sparmaßnahme ohne Abschätzung, was sie für Versorgung und Personal bedeutet.

DEINE STIMME

DU ARBEITEST IN DER PFLEGE? WAS SIEHST DU GERADE?

Im ambulanten Dienst, im Heim, in der Pflegeberatung oder beim Medizinischen Dienst: Merkst du den Ansturm? Was heißt die Reform für die Menschen, die du versorgst, und für dein Team? Schreib an **sel@medicalpunks.de**, Betreff „Pflege". Mit deinem Einverständnis veröffentlichen wir Stimmen aus der Pflege in den MEDICALPUNKS-News, mit Namen oder anonym. Nur gemeinsam bewegen wir was.

WAS BETROFFENE JETZT TUN KÖNNEN

Wer Hilfe braucht oder mehr Hilfe braucht, sollte den Antrag nicht aufschieben. Für die Einstufung zählt der Tag des Antrags, nicht der Termin der Begutachtung. Claudia Wöhler, Chefin des Medizinischen Dienstes Bayern, rät, vorher eine Pflegeberatung zu nutzen. Gegen eine Ablehnung bleibt ein Monat für den Widerspruch.

WER HIER FORDERT

STEFAN ELMSHÄUSER

Dipl.-Kfm., Initiator der MEDICALPUNKS, Geschäftsführer der Deutschen Praxisklinikgesellschaft (PKG), der XSEL GmbH und von ifbig – Institut für Beratung im Gesundheitswesen. Berät seit 2012 Praxen, MVZ und Praxiskliniken. „Ich stehe mit meinem Namen für diese Forderungen. Und ich lade Pflege, Angehörige, Ärzteschaft und Politik ein, sie gemeinsam durchzusetzen."

ÜBER DIE MEDICALPUNKS

Die MEDICALPUNKS sind eine Bewegung für alle, die Versorgung tragen: Ärztinnen und Ärzte, Pflege, Therapie und Praxisteams, angestellt oder selbstständig. Sie arbeiten politisch für das große Ganze statt für Einzelinteressen, wollen die Menschen in der Versorgung sichtbar machen und sie im Alltag konkret unterstützen. Denn nur gemeinsam bewegen wir was. MEDICALPUNKS ist eine Initiative der XSEL GmbH (Riemerling bei München). Initiiert wurde sie von deren Geschäftsführer Stefan Elmshäuser (Dipl.-Kfm.), der seit 2012 Praxen, MVZ und Praxiskliniken berät und zudem Geschäftsführer von ifbig – Institut für Beratung im Gesundheitswesen ist.

PRESSEKONTAKT

STEFAN ELMSHÄUSER

Dipl.-Kfm.
Initiator der MEDICALPUNKS
Geschäftsführer XSEL GmbH
Geschäftsführer ifbig –
Institut für Beratung im Gesundheitswesen
Geschäftsführer Deutsche Praxisklinikgesellschaft

E-MAIL sel@medicalpunks.de
MOBIL +49 151 57 80 83 00
WEB medicalpunks.de
stefanelmshaeuser.de
ifbig.de
INSTA @medicalpunks

Quellen: Deutsches Ärzteblatt, „Medizinischer Dienst meldet Anstieg der Pflegegutachten", 17.11.2026, mit Angaben der Medizinischen Dienste, Aussagen von Claudia Wöhler (MD Bayern) und der Pflegebevollmächtigten Katrin Staffler; Bundesministerium für Gesundheit, Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG), Kabinettsbeschluss 30.09.2026, und Fragen und Antworten zum Entwurf (Defizitprognose); DAK-Gesundheit, „Pflegereform 2027: Was sich für Pflegebedürftige und Angehörige ändern soll" (Schwellenwerte, Entlastungsbetrag, Aussetzung der Entscheidungsfrist 1.1. bis 30.4.2027; Stand Gesetzentwurf, Änderungen im Verfahren möglich); Stiftung Warentest, Pressemitteilung vom 01.10.2026; DBfK, „TOP-Änderungsbedarfe PNOG", 07.09.2026. Transparenz: Stefan Elmshäuser ist Geschäftsführer der PKG.

MUT. GERADE JETZT.